

Editorial

30 Jahre Deutsche Einheit!

Noch viel zu oft betrachten wir dieses historische Ereignis aus „Wessi-Sicht“. Deswegen empfehle ich Ihnen unbedingt den Beitrag von Eckart George zu lesen, gleich auf der nächsten Seite. Der Landesvorsitzende der LSI in Sachsen schildert persönlich und ehrlich, wie er die letzten drei Jahrzehnte erlebt hat. Sie werden in dieser Ausgabe zudem noch weitere interessante Berichte finden, die uns Menschen über 50 bewegen – ob Grundrenten-Diskussion, Pflegenotstand oder der zuweilen doch sehr jugendliche FDP-Auftritt. Wie Sie vielleicht wissen, fahren die Liberalen bundesweit gerade eine Aufklärungskampagne für eine technologieoffene Energiediskussion. Das heißt auch FÜR Wasserstoff-technologie und synthetische Kraftstoffe (Seite 15). Gerade für das Autoland Baden-Württemberg wäre Wasserstoff ein wichtiger Katalysator für neue Innovationen und Jobsicherung. Bitte merken Sie sich schon jetzt den 11. Juli in Ihrem Kalender vor. An diesem Tag findet im Landtag wieder unser „Liberaler Senientag“ statt.

Frank Bantle
LSI Regionalleitung
Stuttgart

Meinungsfreiheit im Tipi am Kanzleramt

Ist die Individuelle Freiheit unter Druck? Geht der Trend zum Kollektivismus?

Die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten will Themen und Debatten ein Forum bieten, das neues Denken, neue Netzwerke und neues Handeln fördert. Unter dem Motto „**Neuzeitstimmung**“ hat die Fraktion ein Themenspektrum entwickelt, das im Tipi am Kanzleramt in Berlin mit qualifizierten Referenten erörtert werden soll.

Die Würde und Freiheit des Einzelnen sind Grundpfeiler des Grundgesetzes und Wesensmerkmale unserer westlichen Wertegemeinschaft.

Das Vertrauen der Gesellschaft in Verantwortung und Verantwortungsgefühl des Individuums gerät aber zunehmend unter Druck.

- „**Politische Korrektheit**“ in öffentlichen Debatten,
- Verbote und Planwirtschaft zur Rettung des Klimas,
- Enteignungen in der

Wohnungsbaupolitik,
• bedingungsloses Grundeinkommen
– droht uns ein neuer Kollektivismus?

Am 29. Januar 2020 diskutierte ein hochkarätig besetztes Podium im Tipi am Kanzleramt diese Problematik.

- Prof. Dr. Peter Sloterdijk, Philosoph
- Prof. Dr. Andreas Rödder, Historiker
- Thea Dorn, Schriftstellerin
- Christian Lindner MdB, Fraktionsvorsitzender

Rödder nahm als CDU-Mitglied - getriggert von Lindner - zum „**konservativsein**“ Stellung. Er definiert *konservativ* als Bezeichnung für eine Haltung, die auf behutsame Verbesserung anstelle radikaler Um-

gestaltung setze. „Es geht darum“, zitiert er Lord Salisbury, „den Wandel zu verzögern, bis er harmlos geworden ist.“

Der Fridays for Future-Bewegung und dem Youtuber Rezzo unterstellte er „**moralischen Absolutheitsanspruch**“, der wenig Raum zur liberalen Auseinandersetzung lasse und warf ihnen „**Panikmache**“ vor.

Thea Dorn war sich mit Lindner darüber einig, das Liberalität vor allem auf drei Säulen ruhe: rationale Problemlösungskompetenz, ergebnisoffene Debatten und optimistisch-positive Zukunftsorientierung. Hier forderte sie von den Freien Demokraten allerdings mehr Kampfgeist.

• WHA



v.l. Dr. Wolfgang Allehoff, Christian Lindner, Karl-Heinz Weinert; LSI BaWü
Bild ©: Alexander Mekska

30 Jahre Deutsche Einheit

Mein Kollege Eckart George war bis zu den Neuwahlen am 19. Oktober 2019 in Würzburg stellvertretender Bundesvorsitzender der Liberalen Senioren und ist aus persönlichen Gründen nicht mehr zur Wahl angetreten, fungiert aber noch als Beisitzer im Bundesverband. Er ist der Landesvorsitzende in Sachsen und betreut nach wie vor die Homepage des Bundesverbandes.

Anlässlich des Jahrestages „30 Jahre Deutsche Einheit“ am 9. November 2019 hat er eine aus meiner Sicht beachtliche und respektvolle Würdigung dieses Gedenktages geschrieben.

Wolfgang Allehoff



Sehr geehrte liberale Freunde, Werte Vorstandsmitglieder der Liberalen Senioren,

eigentlich wollte ich zu unserer Delegiertenversammlung in Würzburg einen Beitrag zum 30. Jahrestag des Beginnes der **“Friedlichen Revolution“** und der **Öffnung der** Demarkationslinien in Deutschland bringen und eine Diskussion anregen, was die Ostdeutschen im Innersten bewegt. Der Diskussionsverlauf auf einer Versammlung mit Neuwahlen war dafür leider ungeeignet. Ich beschloss daher, dieses für mich bewegende Thema in anderer Form zu bringen. Deshalb wähle ich jetzt diesen Weg.

Hierzu möchte ich ein paar Gedanken beitragen, als einer, der im Osten Deutschlands, in Westsachsen aufgewachsen ist, seine Kindheit dort verbrachte, seine berufliche Laufbahn erlangte und eine Familie gründete - und wie ich das Zusammenleben im 30. Jahr nach der deutschen Einheit persönlich sehe.

Ein paar Fragen treten schon auf. Sind die Deutschen in Ost und West enger zusammen gewachsen?

Warum tickt der Osten anders? Oder tickt er doch gleich wie der Westen?

Natürlich gibt es nach wie vor kulturelle Unterschiede zwischen Ost



Eckart George

und West, die auch noch auf Jahre bleiben werden. Der Grund liegt darin, dass im Osten eine breite Mittelschicht, ein flächendeckendes Bürgertum, samt Kreativität, Verantwortungsgefühl, Risikobereitschaft und selbstsichere Unternehmensfreude zu Beginn der Wiedervereinigung fehlten und sich jetzt erst wieder entwickeln. Nach 40 Jahren SED-Diktatur war diese bürgerliche Mitte bis auf einen kleinen Kern ohnehin minimiert. Der SED war im höchsten Grad daran gelegen, die bürgerliche Mitte zu liquidieren, um sie durch die Klassengesellschaft zu ersetzen.

Zum Aufschwung nach der Wende und zur Stärkung der bürgerlichen Mitte hätte auch eine massive Zuwanderung mittelständischer Familien aus dem Westen beitragen können. Aber es kam anders.

Zuerst kamen die Autohändler und Obsthändler, dann die Treuhandpropheeten, die ein gesellschaftliches Trauma hinterließen, und diejenigen, die ihr verlassenes Eigentum an

Haus und Boden nach 40 Jahren zurück haben wollten. Hier entstand zwischen den Alt- und Neueigentümer weiteres Unrecht. Denn die neu geschaffenen Gesetze - Rückgabe vor Entschädigung - wurden rigoros durchgezogen.

Anders war es beim wirtschaftlichen Umbruch im Osten und beim Aufbau der industriellen Marktwirtschaft. Diese Aufgabe realisierte eine Seniorentuppe: Biedenkopf, Vogel, Späth, Dr. Otto Hahn u.a. Diese legten den Grundstein für **die „blühenden Landschaften“, die entstanden sind.**

Diejenigen im Osten, die den Mut hatten, sich beruflich neu zu orientieren und ihr Schicksal in eigene Hände zu nehmen, die es geschafft haben, sich eine neue Existenz aufzubauen, sind die Gewinner der Einheit.

Aber es gibt viele Verlierer.

Das sind die, die - egal in welcher gesellschaftlichen Ordnung sie aufgewachsen sind- immer nach dem Staat rufen, die sich führen lassen wollen und sich nicht selbstständig organisieren können. Sie sind die Verlierer.

Und dann gibt es noch die Pendler, die durch die Ausdünnung der Landschaften, der De-Industrialisierung im Land und dem Lohngefüge mit Geringlöhnen gezwungen sind, weit zu fahren, um den Erhalt ihrer Familien zu gewährleisten. Die im Westen arbeiten und im Osten wohnen.

30 Jahre Deutsche Einheit

Über die Hälfte der Ostdeutschen sehen sich in ihrer Identität in diesem Land zurück gesetzt. Sicher sind dort die Gründe einer Unzufriedenheit zu sehen, dass gerade in wirtschaftlicher Sicht die Angleichung der Löhne und Renten auch nach 30 Jahren des gemeinsamen Schaffens noch nicht erreicht ist.

Zu einer gewissen Unzufriedenheit führt auch die viel diskutierte Wirtschaftskraft im Osten, die hinterherhinken würde. Die Menschen sind nicht fauler oder ungebildeter, nein, es wurde während der ganzen Entwicklung im Osten verpasst, produktives Gewerbe im großen Stile im Güter- und Dienstleistungssektor zu etablieren.

Außer Siemens, VW, Porsche und BMW gibt es keinen weiteren DAX-Konzern im Osten, der hier großflächig produziert. Nur zur Erwähnung: Bayern erhielt nach dem Krieg gerade durch Ansiedlung von Großkonzernen die Wirtschaftskraft, die das Land heute hat.

Auch die Gewerbesteuer vieler westdeutscher Unternehmen, die eine verlängerte Werkbank im Osten haben, fließen an den Hauptstandort zurück. In den Ostkommunen bleibt nichts zurück, außer Arbeitsplätze mit Niedriglohn im Osttarif. Nutznießer sind andere. Eine notwendige ordnungspolitische Umgestaltung in ganz Deutschland hat es bisher nicht gegeben.

Warum soll nicht dort die Gewerbesteuer fällig werden, wo die Wertschöpfung stattfindet? Dies sollte auch für Großkonzerne gelten.

Heute immer noch werden Politik und Wirtschaft von der Dominanz von Westdeutschen bestimmt. In den Führungspositionen der Oberlandesgerichte, der Finanzämter, in den Landessozialämtern, den Arbeitsämtern, in den Referentenstellen der Landesregierungen geht der Ostanteil gegen null.

Bundesbehörden, Institute, Forschungsstätten sind im Verhältnis 194 / 25 verteilt. Hier gibt es wenig Platz für Gestaltungsspielräume für die Belange Ostdeutscher. Dies alles trägt heute noch zu Spannungen im Land bei.

Neben den multikulturellen Gesellschaften hierzulande gibt es eben auch eine innerdeutsche Parallelgesellschaft, oft verbunden mit Desinteresse an den „Neuen“ Ländern, an deren Städten und Landschaften und an deren Bewohnern. Allein Dresden und Pegida bilden eine Ausnahme.

Gerade jetzt zeigt sich diese Stadt mit der Frauenkirche im Gewand der christlichen Versöhnung und Nächstenliebe, jenseits von Andersartigen.

Diesen Geist der Versöhnung sollten wir nutzen und zu einer neuen Transparenz verhelfen.

Auch wenn sich die Ostdeutschen mit der Demokratie am Anfang schwer taten, eines haben sie zumindest gelernt: Die Freiheit bedeutet Unterschied.

Und diese Freiheit gilt es zu verteidigen gegen die derzeitige Vereinnah-



mung der Presse seitens der etablierten Politik. Gleichgeschaltete Medien – diese Erfahrung haben wir im Osten lange genug gemacht. Und wir haben davon genug. Wie sehr man sich im Privaten von der medialen Staatsräson distanzierte, war damals im Land zu spüren. Die Mehrheit der Ostler war von der Ideologie ihres Staates schon vor 30 Jahren Lichtjahre entfernt. Im Osten gab es sie – die Protestkultur. Allerdings durfte man sie nur Gleichgesinnten offenbaren.

Ostdeutschlands intellektuelle Elite ist zwar zeitkritisch, aber auch höchst reflektiert. Sie

kann sich gewissen Zeitströmungen anzupassen oder sie sogar mittragen.

An den Rändern der Gesellschaft sieht es anders aus. Diese müssen von der politischen Kultur hierzulande verstanden und abgeholt werden. Denn der vorhandene Unmut und der Neid, die zum seelischen Gift werden können, sind für den Zusammenhalt der Gesellschaft sehr gefährlich.

Meine kurzen Gedanken sind nur Fragmente einer langen Geschichte. Gerade wir Älteren sollten den Dialog wieder aufnehmen, enger zusammenrücken, Besuche organisieren und Menschen reden lassen.

Es geht darum, den Osten transparenter zu machen und rüberzubringen, dass wir auch während der SED-Diktatur ein Stück Deutschland waren.

Wir wollten die Einheit. In Freiheit. Wir sind mit wehenden Fahnen vor 30 Jahren mit marschiert.

Und was seitdem erreicht wurde, sollte erzählt werden.

Nicht nur aus Westsicht.

Eckart George
Landesvorsitzender der Liberalen Senioren Sachsen
09. November 2019

Konzentration von Krankenhäusern und ...

Ausgangspunkt der neuen Diskussion ist der vom AOK-Bundesverband in Auftrag gegebene und vom Wissenschaftlichen Institut (WIdO) erstellte Krankenhaus-Report 2018 zum Thema „Bedarf und Bedarfsgerechtigkeit“.

Kernthese aus dieser Arbeit ist, dass eine stärkere **Zentralisierung und Spezialisierung der Klinikstrukturen** notwendig sei.

Als Hauptargument wird angeführt, dass die Versorgung von Patienten durch eine Zentralisierung deutlich zu verbessern ist.

Als Beispiel werden Darmkrebsoperationen angeführt und eine Zertifizierung gefordert für Krankenhäusern und Zentren,

die mindestens 50 solcher Operationen im Jahr durchgeführt haben. Auch bei weiteren planbaren Eingriffen wie Hüftprothesenoperationen und sogar bei der Notfallversorgung ist eine Zentralisierung nötig und möglich.

Wenn die Therapiequalität und die Überlebenschancen besser werden, nehmen laut Umfragen die Menschen auch jetzt schon längere Wege in Kauf.

Kritik kommt von **Georg Braun**, dem Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DGK), in der Zeitschrift „Kommunal“.

Ihm geht es nicht um ein Pro und Contra bei der Diskussion der Zentralisierung, sondern um die Realisierung der schon lange geforderten verzahnten Versorgungsstrukturen.

Kein Krankenhaus verschließt sich den notwendigen Tendenzen zur Zentralisierung von hochspezialisierten Leistungen wie z.B. der Transplantationsmedizin.

Gleichzeitig ist aber dafür zu sorgen, dass vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung eine flä-

chendeckende wohnortnahe Versorgung auch im stationären Bereich gewährleistet bleiben muss.

Insbesondere psychiatrische und altersbedingte Erkrankungsbilder bedürfen zunehmend der wohnortnahen Versorgung, um Patienten im hohen Alter die Möglichkeit einer familiennahen Versorgung zu geben.

Auch für die Notfallversorgung und Geburten gilt zwingend die Notwendigkeit einer wohnortnahen Hilfseinrichtung.

Kontrovers wird auch die Situation der Pflegekräfte gesehen.

Der AOK-Bundesverband weist auf den in den nächsten Jahren sich verstärkenden Mangel an Pflegepersonal hin; auch deshalb sei eine Zentralisierung der Krankenhausstrukturen notwendig.

Von der Deutschen Krankenhausgesellschaft wird dagegen angeführt, dass durch eine extreme Zentralisierung eine Verdichtung von Arbeitsprozessen in den Kliniken und damit eine zusätzliche Belastung des Pflegepersonals eintreten würden.

●HD



... Einführung von Pflegepersonaluntergrenzen

Nur mit einer guten Pflegepersonalausstattung ist eine sichere und gute Behandlung im Krankenhaus möglich.

Das Bundesministerium für Gesundheit hat deshalb eine Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung – PpUGV erstellt (BGBl Jg. 2019 Teil 1, S.1492 ff), die ab dem 1. Jan. 2020 für acht pflegesensitive Krankenhausbereiche gilt:

- Intensivmedizin,
- Geriatrie,
- Kardiologie,
- Unfallchirurgie,
- Herzchirurgie,
- Neurologie,
- Neurologie mit Schlaganfallereinheit und
- Frührehabilitation.

Die Untergrenzen werden als maximale Anzahl von Patienten pro Pflegekraft definiert.

So muss zum Beispiel in der **Kardiologie** in der Tagschicht eine Pflegekraft für zehn Patienten und in der Nachtschicht eine Pflegekraft für 20 Patienten vorhanden sein;

In der **Schlaganfallereinheit** muss in der Tagschicht eine Pflegekraft für höchstens drei Patienten und in der Nachtschicht eine Pflegekraft für höchstens fünf Patienten zur Verfügung stehen. Unabhängige Wirtschaftsprüfer müssen die Einhaltung der Untergrenzen bestätigen. Falls sich die

Krankenhäuser nicht an die Vorgaben halten und die Untergrenzen unterschreiten, müssen sie Vergütungsabschläge hinnehmen.

Zukünftig wird vom Ministerium ein Krankenhausansatz eingeführt, bei dem das Verhältnis von eingesetztem Pflegepersonal zu individuellem Pflegeaufwand eines Krankenhauses zu ermitteln ist.



Dieser Pflegepersonalquotient soll Aufschluss darüber geben, wie viel Personal eingesetzt wird. Krankenhäuser dürfen einen noch festzulegenden Wert nicht unterschreiten, andernfalls drohen ihnen Sanktionen.

Bei einer Bewertung der Diskussion zur Zentralisierung und Spezialisierung der Klinikstrukturen meine ich aus Seniorsicht, dass ich für eine anstehende Operation auch nur in ein entsprechendes Krankenhaus mit Zertifizierung gehen würde. Dazu würde ich auch eine etwas längere Anfahrt in Kauf nehmen.

Dagegen muss eine wohnortnahe Versor-

gung mit einem Krankenhaus für den stationären Bereich erhalten bleiben.

Wenn aber ein Krankenhaus aus finanziellen Gründen aufgegeben wird, müssen zumindest Notfallaufnahmestationen in solch einem räumlichen Netz vorhanden sein, so dass die Frist von 15 Minuten für das Eintreffen des Notarztes gewährleistet ist.

Die Einführung der Pflegepersonalquoten ist zu begrüßen, wenn mehr Pflege-

personal durch Zuschüsse im Rahmen des Personalstärkungsgesetz 2018 aus dem Bundeshaushalt gedeckt werden.

Das darf nicht zu höheren Kosten für die Krankenkassen und damit letztlich zu einer Erhöhung der Beiträge führen.

Es ist aber zu befürchten, dass es nur bei Planungen bleibt, weil das Pflegepersonal auf dem Arbeitsmarkt nicht vorhanden ist und auch die Ausbildungsschulen nicht genügend Abgänger bereitstellen.

●HD

Das Problem zu erkennen ist wichtiger als die Lösung zu erkennen, denn die genaue Darstellung des Problems führt zur Lösung.

Albert Einstein

Es ist nicht genug zu wissen, man muss es auch anwenden. Es ist nicht genug zu wollen, man muss es auch tun.

Johann Wolfgang von Goethe

Prioritäten setzen heißt auswählen, was liegenbleiben soll.

Helmut Nahr

Ein kluger Mann macht nicht alle Fehler selbst. Er gibt auch anderen eine Chance.

Winston Churchill

Prüfung und Berechnung der Grundrente

Die Prüfung und Berechnung der Grundrente wird anhand folgender Kriterien durchgeführt:

1. mindestens 35 Beitragsjahre

2. Rentenpunkte:

Vergleich des individuellen jährlichen Verdienstes mit dem Durchschnittsverdienst. Entspricht er genau dem Durchschnittsverdienst, gibt es für dieses Jahr einen Rentenpunkt.

3. Einkommensprüfung :

Das monatliche zu versteuernde Einkommen plus dem steuerfreien Anteil der Rente sowie etwaiger Kapitalerträge muss unter den folgenden Grenzen liegen:
1250 Euro bei Alleinlebenden und 1950 Euro bei Paaren.

Grundrenten-Debatte

Die Grundrente – kommt sie überhaupt und wer profitiert davon ?

Lange hat sich die Regierungskoalition wegen der Grundrente gestritten. Eine Einigung war fast nicht mehr zu erwarten. Doch haben letztlich die Gremien von CDU und SPD einen mühsam erarbeiteten Kompromiss gebilligt. Trotzdem sind noch viele Detailfragen offen. Ob dies alles endgültig zum Gesetz wird, ist nicht sicher.

Wie funktioniert die Grundrente?

Dazu sind zwei wichtige Daten zu berücksichtigen:

- die selbst erworbenen **Rentenpunkte** und
- der **Rentenwert**.

Zur **Ermittlung der Rentenpunkte** vergleicht die Rentenversicherung jedes Jahr den eigenen Jahresverdienst des Arbeitnehmers mit dem Durchschnittsverdienst.

Liegt der eigene Verdienst genau auf der Höhe des Durchschnittsverdienstes, ergibt dies 1,0 Rentenpunkt. Liegt er darunter, so ermäßigt sich der erworbene Rentenpunkt im gleichen Verhältnis, liegt er darüber, dann erhöht er sich entsprechend.

Der **aktuelle Rentenwert** beträgt in den **alten Bundesländern 33,05 Euro**, in den **neuen Bundesländern 31,98 Euro**.

Wie nun die normale Rente und die zusätzliche Grundrente berechnet wer-

den, ist im nachfolgenden Beispiel im einzelnen dargestellt [siehe auch Kästen links und Rechenbeispiel Seite 7].

Hat die berentete Person in geringfügigem Umfang weitere andere Einkünfte (**z.B. Kapitaleinkünfte**), dann ist dies unschädlich, solange die **Gesamteinkünfte € 1250 nicht übersteigen**.

Ist dies der Fall, wird die Grundrente abgeschmolzen, wobei noch nicht klar ist, wie dies geschehen soll.

Das selbst bewohnte Eigenheim soll aber keine Rolle spielen.

Ob diese Eckdaten letztlich in das Gesetzgebungsverfahren einfließen werden, ist noch nicht sicher, da es innerhalb der CDU noch einige Vorbehalte gibt.

So wird die Meinung vertreten, **dass diese Grundrente weder finanzierbar noch administrierbar ist**.

Ein weiterer gravierender Streitpunkt war die Frage der Bedürftigkeitsprüfung, die seitens der CDU gefordert und von der SPD abgelehnt wurde.

Da aber viele Rentner neben der Rente auch noch andere Einkünfte haben, scheint eine Bedürftigkeitsprüfung schon aus Gerechtigkeitsgründen notwendig.

Klar ist jedoch, dass die Kosten und die Zahl der

Anspruchsberechtigten entscheidend davon abhängen, ob es und in welcher Form eine Prüfung der individuellen Finanzsituation gibt.

Aktuell hat man sich darauf verständigt, Anspruch und Höhe einer etwaigen Grundrente nur vom Einkommen der Rentner abhängig zu machen. Ohne Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse einschließlich eines im Einzelfall vorhandenen Immobilienbesitzes. Zum Einkommen sollen neben der gesetzlichen Rente dann auch Miet- und Kapitaleinkünfte zählen.

Auch im Hinblick auf die Finanzierung der Grundrente gibt es noch unterschiedliche Äußerungen. So hat der Arbeits- und Sozialminister die **Vorstellung, dass auch die Krankenversicherungen und die Arbeitslosenversicherung zur Finanzierung herangezogen werden sollen, eine Idee, der man nun wirklich nicht zustimmen kann.**

Über viele Detailfragen ist noch keine abschließende Einigung in der Koalition erreicht worden.

Insgesamt ist zu befürchten, dass wieder einmal ein zu kompliziertes, bürokratisches Gesetz entsteht.

● HPG

Rechenbeispiel „Grundrente“

Hat zum Beispiel eine Person 40 Jahre lang 40 % des Durchschnittsverdienstes verdient [€ 15.560 / Jahr], dann erhält diese Person $40 \times 0,4 \text{ RP} = 16 \text{ Rentenpunkte [RP]}$ gutgeschrieben

Berechnungsbeispiel für Grundrente mit 40 Jahren Einzahlung, durchschnittlich 0,4 RP pro Jahr

Bezüge ohne Grundrente

40 Jahre

Im Schnitt 0,4 RP

$40 \times 0,4 \text{ RP} = 16 \text{ RP}$

**16 X Rentenwert 33,05 €
= 528,80 € Rente**

Grundrenten-Zuschlag für max. 35 Beitragsjahre

nochmalige Wertung der 35 Beitragsjahre

$35 \times 0,4 \text{ RP} = 14 \text{ RP}$

dieser Betrag wird um 12,5 % gekürzt

also $14 \text{ RP} - 12,50\% = 12,25 \text{ RP}$

$12,25 \text{ X Rentenwert } 33,05 \text{ €}$

= 404,86 € zusätzliche Rente

Daraus resultierende Gesamrente : $528,80 + 404,86 = 933,66 \text{ €}$

Ideen und Stichworte: Generationenkonflikt und Alter als Kapital

Einen prinzipiellen Konflikt zwischen Jung und Alt gibt es nicht.

Auch nicht zwischen Jungen Liberalen und Liberalen Senioren, wenn beide in der gemeinsamen Verantwortung für die liberale Sache stehen.

Trotzdem - das Lebensgefühl der jeweils anderen Altersgruppe ist so leicht nicht nachzuempfinden, zumal Erinnerungen an früher für die jeweilige Zeit stehen.

Das verständnisvolle Gespräch ist eine Quelle von Entdeckungen und entfaltet ständige Kraft. Bei der gewaltigen Aufgabe der Jungen, für

sich und für die schon aus dem Arbeitsleben Ausgeschiedenen Zukunftssicherung zu leisten, sollten auch komfortable Aspekte für die Jungen Liberalen nicht unerwähnt bleiben.

Auch sind seniorenpolitische Errungenschaften von heute bei Infrastruktur und gesellschaftlicher Aufwertung tröstliche Perspektiven für die jugendlichen Feuerköpfe.

Zu den guten Wahlergebnissen der FDP tragen die Senioren erheblich bei, ohne dass sie die anfallenden Mandate nennenswert in Anspruch nehmen.

Alter ist kulturelles Kapital.

Eigentlich sind Ältere, die viel gesehen und erlebt haben, dafür prädestiniert, kulturelle Werte zu pflegen und weiterzugeben.

Auch ist die Bedeutung von Kultur für den Zusammenhalt, für die Bewahrung der Tradition, für den Übergang vom Bewährten zum Neuen allgemein anerkannt. Was allerdings in der älter werdenden Gesellschaft konkret sich entwickelt, ist so leicht nicht zu beschreiben.

Die Erfahrungen bei erfolgreichen Kulturformen wie Ausstellungen, Film, Theater, Konzert sprechen für eine Al-

tersmischung der Besucher, wo Tradition und Moderne nach Qualität und nicht nach Alter akzeptiert werden. Natürlich haben Ältere Vorbehalte gegen eine zu große Verfremdung klassischer Stücke. Man will spätestens nach dem ersten Akt wissen, ob es das Stück ist, das auf dem Programmzettel steht.

Bevor wir allerdings die Rolle der älteren Generation bei Pflege und Weiterentwicklung von Kultur fassen können, sollte ein breiter gesellschaftlicher Diskurs stattfinden. Der inflationäre Gebrauch des Begriffes Kultur ist kaum noch auszuhalten; „politische Kultur“ als Vorgabe für die Bundestagsdebatte ist allerdings geboten.

●KS

„Wir wollen unsere künftigen Akademiker so qualifizieren, dass sie auch keine Angst vor einem bundesweiten Zentralabitur zu brauchen haben.

Wir wollen der beruflichen Bildung einen Stellenwert geben, dass sich niemand mehr schämt, wenn sein Kind Handwerker wird. Das Handwerk hat Zukunft und es muss Schluss mit der These sein, der Mensch fange erst beim Abitur an.

Der Mensch fängt nämlich nicht erst beim Abitur an, liebe Freunde! Und deshalb und weil wir in die erfolgreichen Länder Bayern, Sachsen und Thüringen schauen, wollen wir zurück zu einem vielgliedrigeren differenzierteren Schulsystem, das auf Grund seiner Durchlässigkeit auch wieder zur verbindlichen Grundschulempfehlung zurückkehren kann.“

Dr. Hans-Ulrich Rülke
am 6. 1. 2020 in Stuttgart

Landtagswahlen 2021

Bei den Landtagswahlen 2021 – auf Seniorenthemen achten!

Schon wieder bald fünf Jahre vorbei.

Am 14. März 2021 sollen die Wahlen zum 17. Landtag von Baden-Württemberg stattfinden.

Die FDP kam bei der letzten Runde auf 8,3 Prozent und holte 12 Mandate. Die Stimmung in der Landespartei ist momentan gut, man hofft auf eine Steigerung und mehr liberale Abgeordnete.

Was den Liberalen in die Hände spielt, ist die schlechte Bilanz der schwarz-grünen Regierung in den Bereichen Bildung und Digitalisierung.

Hier will die FDP mit ihrem Spitzenkandidaten Hans-Ulrich Rülke Stimmen holen – ebenso mit Wirtschaft und Mittelstand, schon immer

ein ganz wichtiges FDP-Thema.

Durch die Krise in der Automobil- und Zulieferindustrie im Ländle werden Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsfragen im Wahlkampf stärker als sonst auf die Tagesordnung kommen. Bereits am 30. April 2020 geht die FDP bundesweit damit an die Öffentlichkeit: Geplant sind Info-Stände und Aktionen vor Werkstätten größerer Unternehmen.

Was Sie als Seniorin und Senior wissen müssen:

In den 70 Wahlkreisen des Landes nominieren die Parteien bereits im Laufe der nächsten Wochen ihre Kandidaten.

So auch die FDP. Für die vier Wahlkreise in Stuttgart wird dieser Prozess bereits am 20. April abgeschlossen sein. Auf jeden Fall noch vor der Sommerpause stehen alle Listen im Lande.

Wenn Sie selbst Ambitionen haben, können Sie sich ab sofort als Kandidat bei Ihrem FDP-Ortsverband bewerben.

Die Liberalen Senioren begrüßen es zudem, wenn Sie vor Ort auf jeden Fall die FDP-Kandidaten auf „unsere LSI-Agenda“ ansprechen oder alles dafür tun, dass die Bewerber in ihrem Wahlkampf auch Pflege, Mobilität und finanzielle Absicherung im Alter nicht vergessen. Gerade Menschen ab 60, darunter viele Stammwähler der FDP, wollen mit Themen aus ihrem Lebensumfeld erreicht werden. Desweiteren freuen sich die Wahlkampf-Teams immer um Unterstützung und Spenden. Auch hier können Sie sich gerne einbringen – Kontakte erhalten Sie bei Ihrer FDP vor Ort.

●FB



Zielgruppen-Ansprache: Pro und Contra Magenta

Am 11. November 2009 schrieb Kurt Sütterlin diesen Kommentar:

„Aktuell gewinnt die FDP an Zustimmung bei allen Wählerschichten, aber man liebt die Liberalen noch immer nicht. Gute, ja hervorragende Wahlergebnisse werden von traditionell linkslastigen Medien nur unlustig reportiert, ein Beleg dafür, dass Liberale im Links-Rechts-Schema irgendwie stören.

Ärgerlich ist auch die scheinheilige Diskussion, ob Versprechen des Wahlkampfes grundsätzlich eingehalten werden sollen. Warum eigentlich nicht? Es gibt offenbar nur

„unangenehme Wahrheiten“, wie wenn die Politik prinzipiell erst mal zum Lügen aufgelegt ist. Ältere werden durch schlecht gelaunte Kommentatoren emotional gebremst. Sympathische, auch bei großen Wahlerfolgen bescheiden auftretende Sprecher der FDP heitern die Gemüter auf. Merke: Ein flotter Generalsekretär kann nicht schaden, ein guter Spruch sollte nicht zu weit springen.“

Daran hat sich 2020 nichts geändert. Was sich allerdings geändert hat, ist die Art der Kommunikation mit den Zielgruppen. Während 2009 der Fokus auf einem breiten, fast alters-

losen Wählerpotenzial lag, liegt der Fokus der letzten Jahre seit dem Wiedereinzug der Liberalen in den Bundestag in Sprache und Farbgebung eindeutig auf einer jugendlichen Zielgruppe. Das führte auch zu kontroversen Debatten über die Richtigkeit dieses Vorgehens.

Bildsprache und auf Zielgruppen bezogene Verständlichkeit

Wolfgang Kubicki hat in einem Interview mit der Zeitung „Welt“ Stellung bezogen zur aktuellen Bildsprache der FDP.

Wir haben das zum Anlass genommen, das schon lange bestehende „Grummeln“ unter den Älteren zu artikulieren.

Pro Zielgruppe

Eine mögliche Erklärung für das schlechte Abschneiden der FDP bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg - vor allem bei der Zielgruppe der Älteren - könnte der zu grelle Auftritt (Magenta-Hammer) der FDP sein.

Ein weiterer Punkt ist die Ansprache mit dem Anschein einer überzogenen Jugendlichkeit. Die ältere Generation ist nicht eng konservativ, fühlt sich aber in ihrem Zugang zur Politik und auch in ihrem ästhetischen Empfinden so nicht angesprochen. Hinzu kommen die zahlreichen Anglizismen, die das Verständnis eher

erschweren. Die Botschaft richtet sich damit gewollt oder ungewollt an Wähler mit „höherer“ Bildung, die gut Englisch sprechen; weniger an den Facharbeiter oder die Krankenschwester.

In diese Kategorie fällt auch der Ausdruck „German Mut“ - mag er auch in einem politischen Zusammenhang stehen. An Aufmerksamkeit und Sympathie bringt er wenig. Es klingt mehr nach einer Modernitätspanik, die die FDP nicht nötig hat.

Ein weiteres, grundlegendes Problem ist die Verständlichkeit der politischen Ansprache. Gemeint ist nicht nur die selbstverständliche „einfache“ Sprache, sondern die sachliche Verständlichkeit der häufig verwendeten Begriffe.

Vor dem Verstehen der liberalen Position stehen die Erklärung der Sachverhalte und viele konkrete Beispiele.

●KS



die blau-gelbe Magenta-Welle.

Contra Zielgruppe

Blau-gelb, das war die Farbe der FDP bis zum „Crash 2013“: Abwahl aus dem Bundestag, Rücktritt des Vorstands, Austritte, Lethargie, Frust, Sorge um die Zukunft der Liberalen. Es sei Christian Lindner gedankt, dass er an der

Spitze eine Runderneuerung und in vielen Bereichen auch eine Verjüngung der FDP erfolgreich auf den Weg brachte. Dass neben neuen inhaltlichen Schwerpunkten (z.B. Digitalisierung, Frauen in Parteiämtern) auch eine kommunikative, nach Außen gerichtete Neudarstellung sein musste, wird jeder Parteistrategie und Werbeexperte bestätigen.

Mit Magenta als dritte Leitfarbe, peppigen grafischen Plakatmotiven und vielen Anglizismen kam die Wende gewaltig und für FDP-Senioren sicher einen Tick zu heftig.

Doch der Köder muss dem Fisch, nicht dem Angler schmecken, heißt es. Und bei allen bisherigen Wahlen, bei denen die FDP mit dem neuen Look an den Start ging, gab es von Wählern, vor allem von jüngeren Leuten, aber auch von Profis stets großes Lob. Fast immer wurde der Außenauftritt der Liberalen und die direkten klaren Botschaften als beste Ideen bewertet. Die Wahlerfolge bestätigten

Mit den vielen englischen Begriffen („deutsches Engineering“, wie bitte?) sollte die FDP in der Tat sparsamer umgehen. Aber zur Gesamtwerbelinie gibt es keine Alternative! Sie steht für den Aufbruch der Liberalen und gewährt überall klare Wiedererkennung – auf Broschüren, im Internet oder am Wahlstand. ●FB



Was ist eigentlich „konservativ“?

Die Antwort hängt davon ab, wen man fragt.



Roger Scruton

Konservativ heißt nicht, nach hinten zu blicken, sondern an der Spitze des Fortschrittes zu marschieren.

Franz Josef Strauß

Der radikalste Revolutionär ist ein Konservativer am Tag nach der Revolution.

Hannah Arendt

Konservatismus gilt als **Schimpfwort à la „Ewiggestrige“**, die Zukunft marschiert an Menschen dieser Denkungsart vorbei. Dabei ist der Konservatismus der Garant für Demokratie, Freiheit und Wohlstand.

Der am 12. Januar 2020 verstorbene Philosoph Roger Scruton ist vermutlich der bedeutendste, mit Sicherheit aber einer der bekanntesten konservativen Denker der Gegenwart.

Sehr wenige bekennen sich dazu, konservativ zu sein. Die im Namen der Political Correctness geführten Hexenjagden lassen Konservative verstummen oder sich in die innere Emigration zurückziehen.

Scruton nicht. Er hat Zeit seines Lebens für seine Ideen in Büchern, Artikeln, Lesungen und öffentlichen Debatten gefochten, weil er davon überzeugt war, dass einzig Konservative eine rationale Antwort auf die großen Probleme geben können, die in unseren westlichen Gesellschaften durch Globalisierung, Migration und den Vormarsch universalistischer Identitätsbewe-

gungen sowie radikal-ökologischer Ideologien entstanden sind.

Widerstand gegen Globalismus

Was also versteht Scruton unter Konservativismus?

Mit Sicherheit nicht das Jammern über den Verlust einer längst versunkenen Welt.

Aber durchaus den Widerstand gegen die Zerstörungen, die die globalistische Moderne in den westlichen Gesellschaften seit geraumer Zeit anrichtet.

Nach Scruton verfügt jede Nation über ein kollektives Erbe an bewährten Gemeinschaften, Einrichtungen und Prozeduren, das sich im Laufe der Geschichte herausgebildet und als Pfeiler des Zusammenhalts in der Gesellschaft erwiesen haben.

Diese kollektiven Güter werden heute jedoch Schritt für Schritt zerstört:

- die Freiheit, unser Leben zu führen, wie wir wollen,
- eine unparteiische Gesetzgebung und Rechtsprechung,
- der Schutz der Natur vor Partikularinteressen,
- die Kultur der Offenheit und der freien Forschung,
- die demokratischen Prozeduren, um nur die allerwichtigsten zu nennen.

Die wichtigste Kategorie des konservativen Denkens ist für Scruton die Idee der Zugehörigkeit. Er nennt das **WIR „erste Person Plural“**.

Darunter versteht das gewachsene Gefühl von Zugehörigkeit zu einem Landstrich, einem Territorium, einer Gemeinschaft, das sich dadurch auszeichnet, **dass man „Dinge auf die gleiche Art tut“, eine gemeinsame Sprache spricht** und durch gemeinsame kulturelle Traditionen geprägt ist. Er sagt: Ohne Zugehörigkeit kann es keine Freiheit geben.

Denn nur eine solche, durch gemeinsame Geschichte gewachsene Gemeinschaft kann Differenzen in Lebensgewohnheiten, politischen Ansichten und Zielen sowie die Opposition zu Mehrheitsmeinungen aushalten oder, noch viel mehr, dazu ermutigen.

Scruton nennt das die **„vorpolitische Loyalität“**, die sich grundsätzlich vom religiösen sowie vom ethnischen **„Wir“ unterscheidet**, die beide exklusiv sind und keine Abweichung dulden. Zu diesem gewachsenen **„Wir“ gehören nicht nur die großen nationalen Institutionen.**

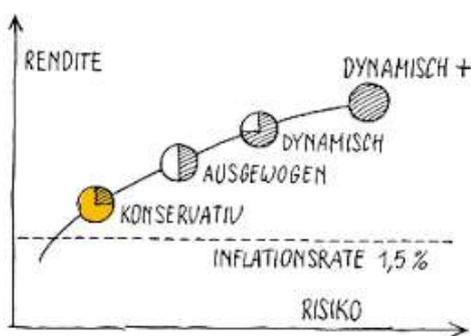
Es sind vor allem die zahllosen privaten Vereine wie Sport- und Bildungseinrichtungen, Rosen- und Bienenzüchter, lokale Naturschutzvereine, Chöre und Volksternwarten, eben all jene Formen, in denen sich freie Bürger zusammenschließen, um ihren besonderen Interessen nachzugehen.

Konservative lehnen Nullsummenspiele ab

Solche Zusammenschlüsse entstehen immer von unten und werden sofort zerstört, sobald der Staat sich ihrer bemächtigt und ihnen vermeintlich höhere Ziele aufbürdet, wie die Förderung von Gleichheit oder Integration.

Alle Formen des Nullsummendenkens führen zur Legitimation und Verbreitung von Neid.

Scruton zeigt am Beispiel des Verfalls des deutschen Schulwesens, wozu diese staatlichen Eingriffe führen. Dort hat das Streben nach Gleichheit den ursprünglichen Zweck, nämlich die Vermittlung von Bildung, längst zerstört. Den von oben Regierenden sind unabhängige bürgerliche Zusammenschlüsse ein Dorn im Auge, weil sie sich der Kontrolle entziehen und ihren eigenen Regeln folgen. Deshalb gehört immer das Verbot solcher Vereinigungen mit zu den ersten Maßnahmen totalitärer Diktaturen.



Der Hass auf das eigene Land

Konservative im Sinne Scrutons erkennen die doppelte Gefahr, die den westlichen Gesellschaften durch grenzenlose Einwanderung aus vorzivilisatori-

schen Gesellschaften, aus Religions- und Stammeskulturen droht. Die Masseneinwanderung aus Afrika hat zur Entstehung von illoyalen, antinationalen Minoritäten in der Mitte Europas geführt.



Für besonders dramatisch hält Scruton die Entwicklung, dass nun auch die gewachsene vopolitische Loyalität unter den einheimischen Bürgern zerstört wird. Denn warum sollten Einheimische sich um etwas kümmern, was Zugewanderte ausbeuten?

Dass Fremde in ein Land kommen, das sie verachten, dessen Wohltaten sie aber trotzdem genie-

ßen wollen, ist durchaus verständlich. Dass jedoch Intellektuelle und in ihrer Gefolgschaft Politiker und Medien ihr eigenes Land verachten oder gar hassen,

verlangt nach Deutung und Begründung.

Scruton gibt dafür in seinem 2017 unter dem Eindruck des Brexit-Referendums entstandenen Buch „Where we are“ eine Erklärung: Die

Wurzeln des Hasses gegenüber dem eigenen Land liegen tiefer, als dass man ihm mit Argumenten beikommen könnte, schreibt er. Diese Menschen verweigern jedwede anstrengende Loyalität, die ihre vermeintliche Freiheit einschränken könnte.

Aufstieg statt verordnete Gleichheit

Konservative wünschen sich eine Gesellschaft, die den sozialen Aufstieg - in erster Linie durch Bildung - fördert, nicht dadurch, dass Gleichheit von oben erzwungen wird.

Das zusammenhaltende „Wir“ kann nicht in Gesellschaften entstehen, die in sich gespalten sind, in der tiefe soziale Klüfte und der Klassenkampf jedes Verständnis vom gemeinsamen Schicksal unmöglich machen.

Aber in dieser Feststellung sehen Konservative keine Begründung für einen ausufernden Sozialstaat, da jener nicht den Aufstieg, sondern die Abhängigkeit von Alimenten fördert und darüber hinaus neue gesellschaftliche Widersprüche zwischen den Nutznießern und den zum Zahlen Verurteilten hervorruft.

Konservative lehnen alle Erscheinungsformen der Ideologie des Nullsummenspiels ab:

- die Behauptung, dass der Gewinn des einen immer den Verlust eines andern bedeutet.
- Die Tatsache, dass es hervorragende und begabte Schüler gibt, ist nicht die Ursache dafür, dass auch faule und unbegabte in der Klasse sitzen.
- Der Erfolg eines Unternehmens ist nicht die Ursache für die Armut anderer Menschen,.
- Und ebenso ist für das Elend Afrikas nicht der Erfolg des Westens verantwortlich.
- Alle Formen des Nullsummendenkens führen zu falschen politischen Maßnahmen und zur Legitimation und Verbreitung von Neid, der die gesellschaftliche Atmosphäre vergiftet.

Auf lokale Initiativen vertrauen

In der Klimadebatte sind Konservative nach Scruton deshalb Gegner von aktionistischen internationalen Großmaßnahmen und vertrauen stattdessen auf den technischen Fortschritt.

Sie sind gegen die Unterordnung der Gesellschaft unter ein einziges uniformes Ziel, dessen Ergebnis unbekannt ist. Sie sehen die Gefährlichkeit aller Utopien, die das Irreale zu einer realen Zielsetzung zu machen versuchen, die Gegenwart der Zukunft unterordnen und alle gesellschaftlichen Aktivitäten am Kampf um dieses irreale und deshalb unerfüllbare Ziel ausrichten. [weiter Seite 12]

Anständigen im wahren Sinne begegnet man nur unter Menschen, die feste Überzeugungen haben, konservative oder liberale; die sogenannten Gemäßigten neigen zu sehr zu Belohnungen, Beihilfen, Kreuzen, Gehaltszulagen.

Anton Pawlowitsch Tschechow

Konservative sind für Technologie-Offenheit

Konservative sind für Technologie-Offenheit und für behutsame Anpassungen, die immer wieder überprüft werden können

Konservative sind nach Scruton für behutsame und vorsichtige Anpassungen an veränderte Verhältnisse, die immer wieder überprüft, geändert oder auch zurückgenommen werden können.

Die zerstörerischen Veränderungen im Deutschland der vergangenen 20 Jahre,

- die Aufgabe der eigenen Währung,
- die Zerschlagung der gewachsenen Energiesysteme,
- der Vernichtungsfeldzug gegen den Verbrennungsmotor,
- die Immigration von Millionen kulturfremder, integrationsunwilliger Einwanderer, ohne dass die Folgen jemals realis-

tisch abgewogen worden wären, sind sicherlich nicht im Sinne von Konservativen.

Roger Scruton antwortete in einer Debatte einmal auf die Frage, warum der Konservatismus nicht jene Anziehungskraft auf Intellektuelle und Eliten ausübe wie linke, universalistische Bewegungen. Er sagte ungefähr Folgendes: Man möge sich einen linken Demonstrationzug vorstellen, dessen Teilnehmer „Vorwärts!“ schreien. Ein Konservativer würde stattdessen leise „Zögert!“ sagen.

Jeder sei ein Konservativer in dem Bereich, den er kenne, schrieb er an anderer Stelle, deshalb sei der Konservatismus die Weltanschauung der einfachen Leute.

Eine revolutionäre Haltung sei vor allem unter Intellektuellen und der von ihnen beeinflussten Jugend populär, weil Bestehendes zu zerstören schnell gehe, einfach sei und man sich daran berauschen könne.

Der Aufbau von Gemeinschaften, Institutionen, die Erprobung von Verfahren, bis sie sich bewährt hätten,

gehe dagegen langsam, sei ermüdend und ziemlich langweilig.

Die Reserven der Vernunft

„Es wird immer Menschen geben“, schreibt Scruton, „die das politische Leben als eine Gelegenheit sehen, solidarische Massenbewegungen loszutreten“, natürlich mit ihnen selbst als Anführer.

Die Entstehung solcher Bewegungen sehen Konservative als Alarmzeichen. Denn sie entstehen und erstarken immer dann, wenn sich die Reserven der Vernunft erschöpft haben.

Wir gelangen an diesen Punkt,

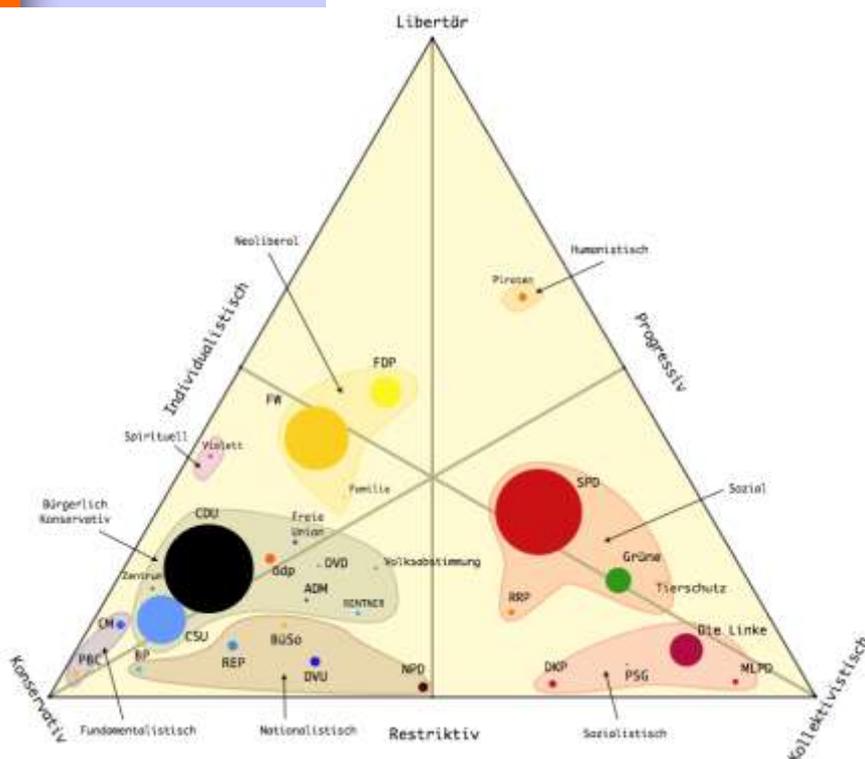
- wenn wir aufgehört haben zu verhandeln,
- wenn wir aufgehört haben, den anderen das Recht zuzugestehen, anders zu sein,
- und aufgehört haben, nach den Gesetzen von Demut und Kompromissbereitschaft zu leben.

Buchtipp:
Roger Scruton:
Von der Idee, konservativ zu sein.

Eine Anleitung für Gegenwart und Zukunft : 2019

Natürlich gibt es auch andere Sichtweisen auf das Konservativ-Sein als das von Roger Scruton. Zum Beispiel das berühmte „Werte-Dreieck“ links, das die „Piraten“ für sich entworfen haben.

- WHA



Distanz der hüpfenden Klimakinder zur Realität

Der Bonner Kinder- und Jugendpsychiater Michael Winterhoff sieht Deutschland auf eine Katastrophe zusteuern.

Die kommenden Erwachsenengenerationen werden wohl immer dümmmer.

Das würde daran liegen, fasst man Winterhoffs Thesen zusammen, dass in der Hauptsache die Eltern ihr linkes Weltbild ihren Kindern überstülpen.

Kindern werde keine emotionale und soziale Kompetenz mehr beigebracht. Besonders bringt den Mediziner das sogenannte **„autonome“ Lernen auf die Palme.**

Kinder, die alles selbstständig ohne Führung eines kompetenten Erwachsenen entscheiden müssen, deren Psyche könne sich nicht entwickeln.

Winterhoff spricht von **„Verwahrlosung“.**

Menschen blieben so ein Leben lang in ihrer Kleinkind-Psyche verhaftet. Das beklagen mittlerweile auch viele Lehrer, dass die Kinder keine schulische Reife hätten.

Greta Thunberg, das **16-jährige autistische Vorbild** für alle Schulschwänzer und sich in-

szenierende Klimahysteriker hat beschlossen, ab nun nicht nur freitags der Schule fernzubleiben, sondern gleich ein ganzes Jahr - statt zu lernen um die Welt zu tingeln und Kinder und Jugendliche dazu anzuregen, fürs Klima dumm zu bleiben.



Die schwedische Tageszeitung Dagens Nyheter berichtet, Greta wolle sich nach Abschluss der neunten Klasse **„ganz auf ihren Kampf gegen die Klimakrise konzentrieren“.** Der Kampf für das Klima, vermutlich aber eher um die Kohle, die der Greta-Clan dabei absahnen kann, sei nun

eben wichtiger.

„Im Jahr 2020 müssen wir die Emissionskurve steil nach unten gewendet haben, wenn wir eine Chance haben wollen, unter 1,5 oder 2 Grad Erwärmung zu bleiben“, zitiert die schwedische Zeitung Thunberg.

Dumm, dreist und realitätsfern

In Deutschland gibt es nach Winterhoff schon Kinder, denen womöglich das Sitzenbleiben droht, weil sie seit Wochen freitags nicht zur Schule gehen. Nicht nur die vielen Fehlstunden an sich sind das Problem, sondern jene

Fächer an manchen deutschen Schulen, die nur freitags auf dem Stundenplan stehen und in denen das Lernziel sicher nicht erreicht werden kann.

Das ist natürlich ungerecht!

Und anstatt zu versuchen die Noten noch zu retten und fortan am Freitag nicht zu schwänzen, organisierten einige Schüler des Lessing-Gymnasiums in Berlin-Wedding auch am Donnerstag eine Demo, diesmal nicht fürs Klima, sondern vor ihrer Schule, weil sie schließlich versetzt werden wollen – auch ohne Leistung.

Deutschland verblödet also! Das hat viele Ursachen.

- Nicht in die Schule zu gehen und
- Eltern, die ihren Kindern keine Führung für ein verantwortungsvolles Leben geben, sowie
- Eltern und Lehrer, die die Kinder nicht daran erinnern, ihren Pflichten nachzukommen.

Abhilfe:

Kinder brauchen Vorbilder – Greta Thunberg ist das sicher nicht.

●WHA

„Brennstoffzellen- und Batteriefahrzeuge“

Die VDI/VDE-Studie vergleicht die beiden Technologien miteinander nach diesen Kriterien:

- Politische Zielstellungen
- Tanken und Reichweite
- Infrastruktur
- Energiebeschaffung
- Kritische Rohstoffe
- Kosten
- Sozioökonomische Faktoren

Zur den **politischen Zielen** schreibt die Studie:

FC [=fuel cell] und BE [=battery electric] haben beide das Potenzial die CO₂-Emissionen zu senken.

Mit der Herstellung von Brennstoffzellen, inklusiver zugehöriger Komponenten, könnte die Wertschöpfung in Deutschland gesteigert werden.

Bei BE sei das weniger der Fall, weil sehr viele Arbeitsplätze wegfielen.

Brennstoffzellen- und Batteriefahrzeuge - ein Vergleich

Tanken und Reichweite

Wasserstoff [FC] erlaubt schnelles Tanken bei weltweit einheitlichen Tanksystemen. Volltankung in max. 5 min.

BE: derzeit mindestens 20-30 min. bei Ladezustand bis 80%.

FC: aktuell erheblich größere Reichweite bei größerer Nutzlast. Auch größere Heizleistung im Winter.

BE: nutzt aktuell die eingesetzte Primärenergie besser.

Infrastruktur

Falls großtechnisch produzierter H₂ zur Verfügung steht, bietet Vor-Ort-Speicherung die Möglichkeit zur Volllauslastung. Investitionskosten aktuell für BE geringer.

Die Bereitstellung von Flüssigwasserstoff führt zu technisch einfacheren Tankstellen, da aufwendige Gasverdichtungen dadurch entfallen.

Energiebeschaffung

Die Beschaffung von H₂ wird als unkritisch angesehen (dieseläquivalenter Preisbereich). In der Einführungszeit kann es zu Engpässen kommen.

Die Studie erwartet, dass sich H₂ zu einem globalen Handelsgut entwickeln könnte. Länder mit geringen Stromkosten können H₂ exportieren.

H₂ lässt sich in den unterschiedlichen Bereichen Strom, Wärme, Verkehr und Industrie verwenden, H₂ bietet damit Potenzial für die von der Politik gewünschte Sektorenkopplung.

Kritische Rohstoffe

Bei **BE:** als kritisch gelten die großen Mengen an Lithium, Nickel, Kobalt,

Bei **FC:** Platin; Reduzierung aber absehbar. Die Studie schlägt vor, die Förderkapazitäten für diese Rohstoffe auszubauen, auch durch mehr Recycling.

Kosten

Derzeit werden die Kosten für FC und BE von den Anschaffungskosten bestimmt.

Da die Serienfertigung von Batteriesystemen weiter fortgeschritten sei, ist die Kostenreduktion bei BE ausgeprägter.

Allerdings ergeben sich bei höheren Anforderungen an Energie und Reichweite deutliche Kostenvorteile bei FC im Vergleich zu BE. Mit den economies of scale verstärkt sich dieser Effekt.

Sozioökonomische Faktoren

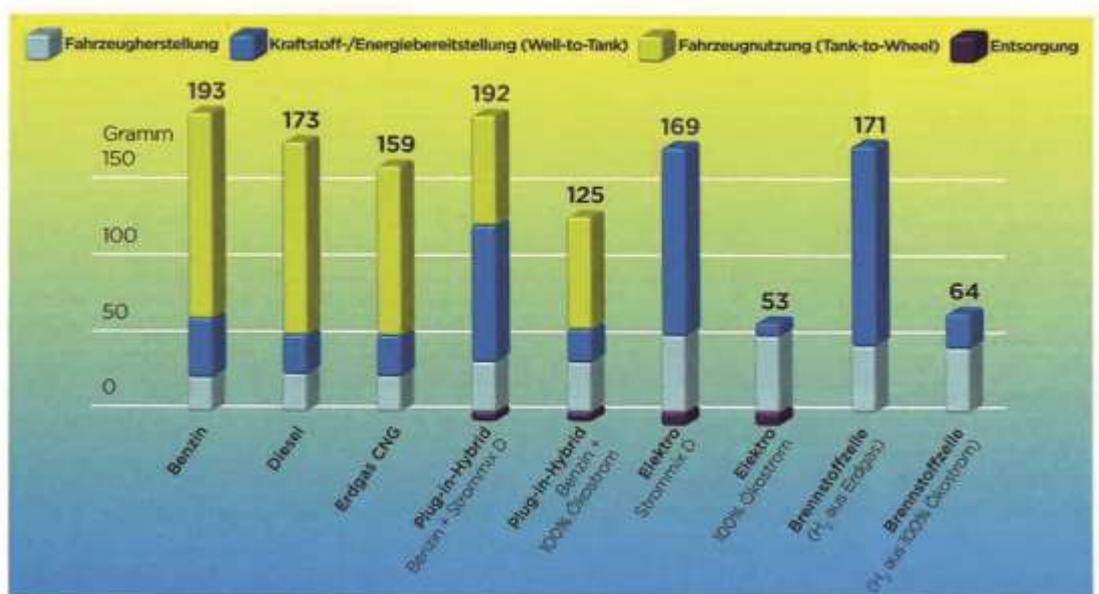
FC enthalten einen Teil an Komponenten, die in konventionellen Verbrennungsmotoren verwendet werden.

Diese können übernommen und adaptiert werden.

Weniger Arbeitsplätze fallen weg - neue entstehen.

Fazit: Die einseitige Fokussierung auf BE ist ein technologischer Fehler. Nur Technologie-Offenheit ist zukunftsfest.

So viel Gramm CO₂ pro Kilometer verursacht ein Auto der Golfklasse je nach Antrieb im Laufe seines Autolebens (CO₂-Äquivalente)



Was ist Wasserstoff-Technologie / Wasserstoffwirtschaft?

Ist Wasserstoff die Energie der Zukunft?

Wasserstoff ist ein Gas, das Forscher schon seit langem begeistert. Seit den 1980er Jahren laufen Versuche, aus Wasserstoff den Energieträger der Zukunft zu machen. Doch das flüchtige Gas ist nicht unproblematisch. Es bietet aber bei qualifizierter Forschung große Potenziale. Berücksichtigt man die Probleme bei den fossilen Brennstoffen wie Erdöl, Erdgas und Kohle und bei den sogenannten erneuerbaren Energiequellen wie Solar- und Windkraftwerke, könnte Wasserstoff ein möglicher Ausweg sein.

Allerdings steht Wasserstoff nicht einfach als Rohstoff zur Verfügung, den man abbauen oder ernten kann. Er muss erst gewonnen werden.

Wasserstoffgewinnung

Wasserstoff ist interessant, weil er nahezu emissionsfrei ist. Allerdings braucht es viel Energie, um das Molekül H_2 abzuspalten. Die Bundesregierung ist dabei, eine nationale Wasserstoffstrategie zu entwickeln. Es fehlt noch die nötige Infrastruktur für diese Technologie. Auch rechtliche Fragen zum Transport und zur Speicherung von Wasserstoff sind noch zu klären.

"Letztlich hängt es von gesellschaftlicher Akzeptanz, technologischem Fortschritt und Wirtschaftlichkeit ab, wie sich Gaskraftwerke, Batterien, Wasserstoff und weitere Technologien einpendeln" sagt der Experte Thomas Fritz.

Wasserstoffwirtschaft - nicht nur in der Raumfahrt

Seit den 1960er Jahren ist H_2 der Treibstoff der Raumfahrt. Ohne Wasserstoff wäre ein Flug ins All undenkbar. In den 1970er und 1980er Jahren begannen Forscher dann, mit Wasserstoff zu experimentieren und entwickelten die Idee der Wasserstoffwirtschaft.

Sie hatte zum Ziel, Wasserstoff als Energieträger auszubauen, um damit unabhängig von den fossilen Energieträgern Kohle und Erdöl zu werden.

Ungelöst sind nach wie vor die Speicherung und der Transport der verschiedenen Energieträger im großindustriellen Format.

Die Vision ist, mit Sonnenkollektoren und Windrädern Strom zu gewinnen, der dann zur Produktion von Wasserstoff genutzt wird. Das Gas soll es ermöglichen, Energie zu speichern, zu transportieren und damit sowohl die Industrie als auch die Verbraucher flächendeckend zu versorgen.

Wasserstoff muss erst hergestellt werden

Wasserstoff hat den Nachteil, dass er nur in gebundener Form vorkommt. Er ist ein Bestandteil des Wassers und fast aller organischen Verbindungen. Wasserstoff ist das häufigste chemische Element im Universum und ist deshalb reichlich vorhanden. Um Wasserstoff als Ener-

gieträger zu nutzen, muss man das Gas aber erst aus Wasser oder Methan gewinnen. Das geschieht zum Beispiel durch Elektrolyse: Bei diesem Verfahren trennt man mit Strom Wasser [H_2O] in seine Bestandteile Sauerstoff [O] und Wasserstoff [H_2] und fängt die aufsteigenden Gase auf.

Probleme bei der Wasserstoffgewinnung

Trifft Wasserstoff auf Sauerstoff, kann eine explosive Mischung entstehen. Weitere Probleme sind, dass manche Techniken der Wasserstoffwirtschaft mit fossilen Energieträgern wie Erdgas arbeiten. Bei den Umwandlungsprozessen kann Kohlendioxid [CO_2] entstehen. So wird aus einem umweltfreundlichen Rohstoff ein Endprodukt, das es eigentlich zu vermeiden gilt.

Wo kommt Wasserstoff zum Einsatz

- Luft-, Raumfahrt
- Automobilsektor
- Wärmesektor Heizung
- Industrie und Kraftwerke

Luft-, Raumfahrt

Wasserstoff treibt nicht nur Raumfähren an, sondern zum Beispiel auch Zeppeline. Seit dem Absturz des Luftschiffs Hindenburg im Jahr 1937 ist Wasserstoff vielen aufgrund seiner chemischen Reaktionsfreudigkeit nicht mehr geheuer. Doch ohne diese Reaktionsfreudigkeit wäre Wasserstoff nutzlos: Er könnte nicht mit Hilfe

einer Brennstoffzelle in Strom und Wärme umgewandelt werden. Doch nur mit diesen kleinen Kraftwerken ist ein geschlossener Wasserkreislauf möglich, bei dem keine schädlichen Abgase entstehen.

Wasserstoff in der Automobilbranche

In Deutschland gibt es rund 100 öffentliche Wasserstofftankstellen. Als Energieträger scheint Wasserstoff am ehesten in der Automobilindustrie eine Zukunft zu haben. Allerdings ist das Tankstellennetz für Wasserstoffautos in Deutschland noch nicht ausgebaut. Im Vergleich zu konventionellen Elektroautos führen die Brennstoffzellen-Pkw noch einen Dornröschenschlaf.

Der Verkehrssektor hat heute einen Anteil von 30 Prozent am Endenergieverbrauch und basiert noch zu 95 Prozent auf fossilen Energieträgern. Wenn man ein konsequentes Umdenken in der Mobilität haben möchte, muss die Wasserstoffwirtschaft ausgebaut werden.

Wasserstoff in der Industrie

Wasserstoff könnte die Stahlherstellung umweltverträglicher machen. Damit ließen sich laut Deutscher Energie-Agentur rund 95 Prozent der CO_2 -Emissionen gegenüber der konventionellen Hochofenmethode einsparen.

Wasserstoff bietet sich auch als Scharnier für die Herausforderungen der Sektorenkopplung an.

● WHA / KEN

Liberalen Senioren Baden-Württemberg

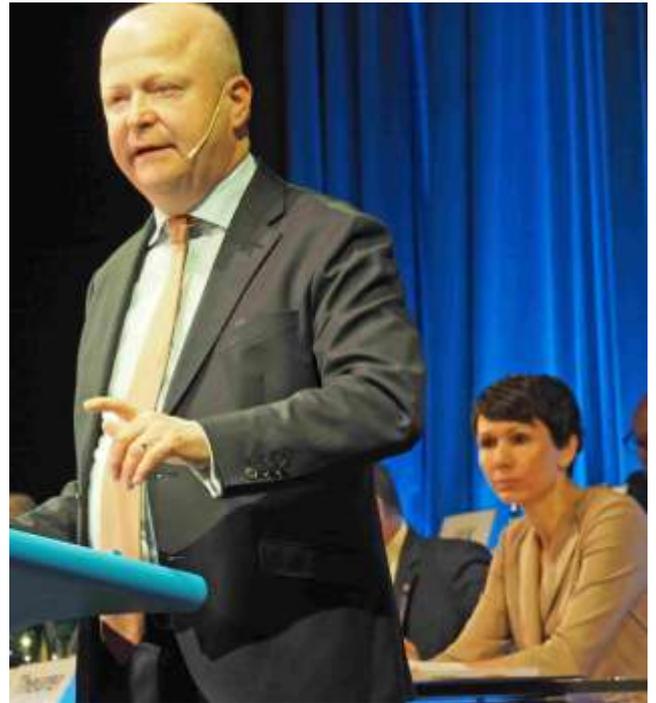
LSI Galerie

Informationen der Liberalen Senioren Initiative Baden-Württemberg e.V.

Impressionen vom Landesparteitag 2020 in Fellbach



Das Dreikönigstreffen der Liberalen hat sich aus seinen Anfängen in den 1860er Jahren im deutschen Südwesten zu einer FDP-Großveranstaltung mit bundespolitischer Bedeutung entwickelt. Traditionell findet der Landesparteitag einen Tag früher statt. Die LSI zeigt Flagge/Tasche..



Besuch des Klosters Heilig Kreuztal



Heilig Kreuztal



Die traditionelle Adventsveranstaltung der Oberschwaben führte 2019 zum Besuch der Zisterzienserinnenabtei Heilig Kreuztal am Dienstag, dem 26. November 2019. Die gut erhaltene, 1227 gestiftete Klosteranlage mit dem Münster St. Anna ist auf jeden Fall einen Besuch wert. [Alle Bilder](#)
●KK

Redaktionsteam / Themen / Termine

Liebe Mitglieder und Freunde der LSI,

mit unseren Themen sind wir auf der Höhe der Zeit:

- Fokus auf **gesundheitsstärkende Faktoren**
- Fokus auf **Sicherheit und Prävention**
- Fokus auf architektonische **Wohnkonzepte**, die nicht erst im Alter beginnen
- Fokus auf **Lernkonzepte**, die lebenslang gelten
- Fokus auf **generationenübergreifende Lösungsansätze**
- Fokus auf **bürgerschaftliches Engagement**

Ihr Redaktionsteam

Redaktionsteam:

Dr. Wolfgang Allehoff (WHA)
Heidmarie Skudelny (SKY)
Dr. Kurt Sütterlin (KS)
Günther Hammer (GRH)
Klaus Kastner (KK)

Autoren dieser Ausgabe:

Hanspeter Gramespacher (HPG)
Dr. Horst Dilger (HD)
Frank Bantle (FB)

Gastbeiträge

Eckart George (EG)
Prof. Karl-Ernst Noreikat (KEN)

Nächste LSI-Aktuell-Themen

1. Was ist „**political correctness**“?
2. **Lebenslanges Lernen** aus LSI-Sicht

Aufruf zur Mitarbeit:

Unser LSI-Aktuell kann nur so informativ sein, wie Sie – unsere Leser – aktiv an der Gestaltung mitarbeiten. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften an unsere zentrale E-Mail-Adresse

info@liberale-senioren-bw.de

Terminankündigungen:

- 27. Juni LSI Jahresmitgliederversammlung in Kornwestheim
- 11. Juli Liberaler Seniorentag im Landtag Stuttgart

Informieren Sie sich auch auf unserer Homepage.

Liberaler Senioren Initiative
Baden-Württemberg

Rosensteinstr. 22
70191 Stuttgart

info@liberale-senioren-bw.de

Inhalt

Meinungsfreiheit im Tipi Berlin (WHA)	Seite 1
30 Jahre Deutsche Einheit (EG)	Seite 2/3
Konzentration von Krankenhäusern (HD)	Seite 4/5
Grundrenten-Debatte (HPG)	Seite 6/7
Stichwort: Generationenkonflikt (KS)	Seite 7
Projekte / Kurznachrichten (FB)	Seite 8
Kommunikation mit unterschiedlichen Gruppen (FB)	Seite 9
Was ist konservativ ? (WHA)	Seite 10/12
Distanz der Klimakinder zur Realität (WHA)	Seite 13
Brennstoffzellen- und Batteriefahrzeuge (KEN)	Seite 14
Was ist Wasserstoffwirtschaft ? (WHA/KEN)	Seite 15
LSI-Galerie: LPT 2020 Fellbach (KK)	Seite 16/17
LSI-Galerie: Besuch des Klosters Heilig Kreuztal (KK)	Seite 18/19

www.liberale-senioren-bw.de